

## 49 Prozent

## Gleichberechtigte Familien sind ein Elitenmodell



Patrick Imhasly

Das Bekenntnis war ein Schock. Kürzlich hat die kolumbianische Pop-Sängerin Shakira einen intimen Einblick in das Leben ihrer Familie gegeben – bestehend aus ihr, dem etwas weinerlich veranlagten Spieler des FC Barcelona Gerard Piqué sowie zwei gemeinsamen Söhnen im Alter von vier und zwei Jahren. In einem Interview räumte Shakira ein, dass sie sich ernsthaft überlegt habe, ihre Karriere wegen der Familie zu beenden. Bei der Aufnahme neuer Songs im Studio habe sie sich immer wieder gefragt, wie sie das alles mit der Erziehung ihrer Kinder vereinbaren könne. Wie wir heute wissen, hat Shakira die Karriere dann doch nicht an den Nagel gehängt, doch ihre Zweifel geben einem schwer zu denken: Wenn es die Superstars Shakira und Piqué mit ihrem vielen Geld und ihren unbegrenzten Möglichkeiten kaum schaffen, Beruf und Familie zu vereinbaren – wer dann?

Eine Antwort auf diese Frage liefert eine Studie von Margret Bürgisser, die in diesen Tagen erschienen ist. In einer Langzeituntersuchung hat die Schweizer Soziologin

28 Paare 1994, 2004 sowie 2015 nach ihren Erfahrungen mit einer partnerschaftlichen Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit befragt. Die Paare, die in der Studie mitmachten, kultivierten ein sogenannt egalitäres Rollenmodell: Beide Elternteile lebten mit ihren Kindern zusammen, waren in annähernd gleichen Teilzeitpensen erwerbstätig und «teilten sich Hausarbeit und Kinderbetreuung gleichverantwortlich». Ihre Bilanz, so scheint es, war auch nach 20 Jahren positiv: Fast alle beteiligten Paare fanden, der Versuch so zu leben, habe sich bewährt, und die meisten von ihnen würden dieses Familienmodell erneut wählen. Bemerkenswerterweise hat sich in diesen langen Jahren nur jedes vierte Paar getrennt, während die generelle Scheidungsrate in der Schweiz heute bei über 40 Prozent liegt. Das egalitäre Rollenmodell sei «ein Erfolgsmodell», so die Autorin der Studie.

Trotzdem: Das egalitäre Rollenmodell wird sich nie gesellschaftlich breit durchsetzen und schon gar nicht die Welt verändern. Denn soll es funktionieren, muss, wie auch Margret Bürgisser einräumt, eine ganze Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Und diese haben es in sich. Beide Partner sollten eine vergleichbare Ausbildung haben und ähnlich viel verdienen – eine gleichwertige Aufteilung der Berufsarbeit zwischen einem Devisenhändler und einer Verkäuferin oder einer Verwaltungsratspräsidentin eines börsenkotierten Unternehmens und einem Journalisten: Das funktioniert einfach nicht. Beide Partner sollten ähnlich verhandlungs-



Und so erstaunt es nicht, dass in der Schweiz der Anteil von Paaren, die so leben, bei mickrigen 6,5 Prozent liegt.

fähig und argumentativ beschlagen sein, was selten genug der Fall ist. Beide dürfen nicht allzu grosse Ambitionen auf eine steile Berufskarriere haben, dafür sollten sie auch im Ausortieren von Kinderkleidern oder im Kochen eines schönen Brasato Erfüllung finden. Ganz zu schweigen von den Werthaltungen, die möglichst kongruent sein müssen: Wenn der eine Elternteil im Spielen von Computergames eine Verseuchung des Geistes sieht, der andere aber ein Training zur Förderung der dreidimensionalen Vorstellungskraft, dann gute Nacht.

Man weiss ja, wie schwierig es ist, überhaupt einen Partner zu finden, der zu einem passt. Wenn dann noch zusätzlich all die genannten Bedingungen erfüllt sein müssen, wird klar: Es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine partnerschaftliche Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen zwei beliebigen Menschen auf die Dauer funktionieren kann. Und so erstaunt es nicht, dass in der Schweiz der Anteil von Paaren, die so leben, bei mickrigen 6,5 Prozent liegt und nicht vom Fleck kommt – auch wenn Gleichstellungsbeauftragte beharrlich das Gegenteil behaupten.

So gesehen, ist das egalitäre Familienmodell ziemlich elitär – für die allermeisten Beziehungen leider nicht geeignet. Deshalb: Herzliche Gratulation an jene Paare, bei denen es trotzdem klappt, ihr seid Glückspilze. Geniesst es, solange ihr könnt!

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».

## Alles, was Recht ist

## 2000 Franken Busse für Kinderschänder



Markus Felber

Diese Woche gab in der Ostschweiz der Fall eines 80 Jahre alten Mannes zu reden, der wegen jahrelanger sexueller Handlungen mit einem Kind zu einer Busse von 2000 Franken und einer bedingten Geldstrafe von 180 Tagessätzen verurteilt worden war. «Unser Recht ist ein Witz!» lautete eine Reaktion auf Twitter. «Bescheuert» eine andere.

Im Fokus der Kritik in der Berichterstattung stand einerseits die Strafe und andererseits der Umstand, dass das Verdikt im Strafbefehlsverfahren zustande kam und so der Ankläger zum Richter geworden sei. In der Tat setzt dabei der Staatsanwalt die Strafe fest, und die wird rechtskräftig, wenn der Beschuldigte nicht das Gericht anruft. Warum die Strafe deshalb milder ausfallen sollte, leuchtet allerdings nicht ein, sind Richter doch erfahrungsgemäss nur selten strenger als Ankläger. Deshalb taugt auch der Vorschlag wenig, bei Sexualdelikten sollte auch das Opfer eine Gerichtsverhandlung verlangen können.

Man kann endlos darüber streiten, wie angemessen die Strafe ist. Seriös beantworten lässt es sich ohne Kenntnis von Akten und Personen nicht. Der Staatsanwalt hielt offenbar einen halbjährigen Freiheitsentzug für grundsätzlich angemessen. Dass das im Ergebnis eine bedingte Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu 50 Franken ist, liegt am Gesetz und an den finanziellen Verhältnissen des Täters.

Laut Volksempfinden kam der Kinderschänder im erwähnten Fall mit einer Busse von 2000 Franken davon. Denn eine Geldstrafe von 9000 Franken, die bei zweijährigem Wohlverhalten gar nie bezahlt werden muss, wird nicht als Strafe empfunden. Vom Volk nicht, aber auch vom Täter nicht, und schon gar nicht vom Opfer. Dennoch bleibt anzumerken, dass das helvetische Strafsystem sich unter dem Strich durchaus bewährt. Jedenfalls dann, wenn man die Rückfallquote bei nicht allzu schweren Delikten zum Massstab nimmt und international vergleicht.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

## Die E-Mail-Debatte

## «Die Ungleichheiten nehmen zu, und die Juso trifft den Nerv der Zeit»

Die 99-Prozent-Initiative? Sie hilft vor allem dem Mittelstand, sagt Mattea Meyer.

Nein, findet Andrea Caroni, sie ist ein Debakel für die Schweiz – und die SP

## Andrea Caroni

Geschätzte Kollegin, mit der 99-Prozent-Initiative treibt die radikal-übermütige Juso ihre Mutterpartei SP einmal mehr vor sich her in den Klassenkampf. Sie als Nationalrätin der Juso und der SP wären doch prädestiniert dazu, den Juso aufzuzeigen, dass die Forderung nach der Abschaffung des Kapitalismus nicht nur der Schweiz, sondern auch der SP selber schadet und also in den Giftschränk gehört. Sehen Sie das anders?

## Mattea Meyer

Geschätzter Kollege, kommen wir auf den Boden der Tatsachen zurück: In der Schweiz gibt es Menschen, die täglich reicher werden. Nicht weil sie früh aufstehen am Morgen und arbeiten gehen. Sondern weil sie so reich sind, dass sie von den Zinsen ihres Vermögens leben können. Rund ein Prozent haben so viel Geld, dass sie darauf pro Jahr über 100 000 Franken an Zinsen und Dividenden erhalten. Die 99-Prozent-Initiative möchte dieses Kapitaleinkommen stärker besteuern. Damit können die Steuern auf tiefe und mittlere Löhne gesenkt und die Krankenkassenprämien oder Kinderkrippen verbilligt werden. Das ist doch nicht radikal, sondern vernünftig.

## Andrea Caroni

Kapital ist nicht böse, wie die Juso meinen, sondern die Grundlage unseres Wohlstandes. Wer spart, ermöglicht Investitionen und Innovation. Davon profitieren 100 Prozent. Doch heute werden Sparer bestraft – schon ohne diese Initiative. Sparer versteuern jeden Franken vielfach, zuerst als Unternehmensgewinn und -kapital, dann als Einkommen, dann als Vermögen und als Vermögenserträge, zudem via Grundstücks- und Stempelabgaben. Die Grenzbelastung von Vermögenserträgen liegt oft über 100 Prozent – das ist Enteignung. Wir sind hier auch international an der traurigen Spitze mit dabei. Wären die Juso so vernünftig, wie Sie schreiben, würden sie sich für bessere Investitionsanreize einsetzen, um die Chancen

## Debattierer



Mattea Meyer, 30, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Sie ist Co-Präsidentin der SP Winterthur und Co-Präsidentin der Sans-Papiers-Plattform Schweiz.



Andrea Caroni, 37, ist FDP-Ständerat aus dem Kanton Appenzell Ausserrhoden. Er arbeitet als Rechtsanwalt und ist Vizepräsident der FDP Schweiz.

und den Wohlstand für die Jungen zu sichern. Aber würden die Juso das tun, wären sie ja die Jungfreisinnigen.

## Mattea Meyer

Sie sprechen ständig von Sparen. Aber wer kann denn mit einem normalen Lohn ein Vermögen von drei Millionen Franken ansparen? So viel Geld braucht man nämlich auf der Bank, damit man mit der 99-Prozent-Initiative überhaupt mehr Steuern bezahlen muss! Es geht also nicht um normale Sparer und Sparerinnen. Sondern um jene, die ständig reicher werden, nur weil sie schon viel Geld haben. Im Gegenzug möchten wir von der SP die Leute entlasten, die von ihrer Arbeit und ihrem Lohn leben – von dem profitieren dann auch alle, die weniger als drei Millionen auf die Seite legen können. Das Ungleichgewicht zwischen denen, die arbeiten, und denen, die besitzen, wird immer grösser. Das macht mittlerweile sogar dem Internationalen Währungsfonds (IMF) Sorgen. Deshalb schlägt auch er eine höhere Steuerbelastung für Superreiche vor, um die zunehmende Ungleichheit zu stoppen.

## Andrea Caroni

Der IMF meint sicher nicht die Schweiz, die ja – wie gesagt – an einer konfiskatorischen Besteuerung für Vermögenserträge leidet. Falsch ist für die Schweiz auch die Behauptung zunehmender Ungleichheit: Sie hat im Gegenteil in ganz Europa die gleichmässigste Einkommensverteilung, und zwar vor Abgaben und Transfers. Das liegt daran, dass wir weniger auf neidgetriebene Umverteilung, sondern vor allem auf starke Chancen für alle setzen. Stichwörter sind hier ein durchlässiges Bildungssystem und ein freier Arbeitsmarkt. Ihre Jusos wracken die Schweizer Wirtschaft aber lieber ab mit Forderungen nach der 25-Stunden-Woche, natürlich bei gleichem Lohn. Leiden Sie nicht darunter, dass sich Ihre Jungtruppe in weltfremden Utopien verliert, statt Ihren Wählern einen Mehrwert zu bieten wie die Jungfreisinnigen?

## Mattea Meyer

Wenn Sie dem IMF nicht glauben wollen, dann glauben Sie vielleicht Ihren Freunden von PricewaterhouseCoopers und der UBS, die vor wenigen Tagen ihre Studie so betitelt: «The rich are getting richer». Für die Schweiz heisst es dort, das Vermögen der 35 Milliardäre habe im vergangenen Jahr um 12 Prozent zugelegt. Glauben Sie, der Schweizer Mittelstand hat im letzten Jahr auch 12 Prozent an Vermögen angespart? Die Ungleichheiten nehmen zu, und die Juso trifft den Nerv der Zeit. Das tat sie schon mit ihrer 1:12-Initiative, die Millionenlöhne beschränken wollte. Ich bin stolz darauf, in einer Partei zu sein, die auf engagierten und auch unbequemen Nachwuchs zählen kann, der es schafft, Themen zu setzen.

## Andrea Caroni

Das von Ihnen gescholtene eine Prozent zahlt satte 41 Prozent der direkten Bundessteuern, die Sie so gern ausgeben. Statt sich in Neid zu grämen, sollten Sie sich doch über den hohen und steigenden Wohlstand der breiten Bevölkerung freuen, dies bei hoher sozialer Mobilität und so hoher wie stabiler Einkommensgleichheit. Die Juso treffen hier keinen «Nerv der Zeit», sondern gehen der breiten Bevölkerung auf die Nerven (65 Prozent lehnten die 1:12-Initiative ab). Da lobe ich mir den Jungfreisinn, der mit Themen wie der Digitalisierung oder der nachhaltigen Altersvorsorge echte Verantwortung für die junge Generation übernimmt.

## Mattea Meyer

Das Neid-Argument kommt immer dann, wenn rationale Argumente nicht weiterhelfen. Ich bin nicht neidisch. Aber warum dürfen eine Alleinerziehende oder ein Rentner, die jeden Rappen umdrehen müssen, nicht neidisch sein auf Leute, die in einem Tag mehr verdienen als sie im ganzen Jahr? Es würde Ihnen und Ihrer Jungmannschaft gut tun, Ihre Blase der Reichen und Privilegierten zu verlassen und auch einmal mit solchen Menschen zu reden.

## Strittis Schlagzeile

## Zum aufgefliegenen Schweizer Steuerspion Daniel M.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.